



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 11. Juni 1881.

Nr. 266.

## Deutscher Reichstag.

57. Sitzung vom 10. Juni.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretär des Innern von Böttcher, der Justiz Dr. von Schelling, der Finanzen Scholz; Bevollmächtigte zum Bundesrathe: königlich bayerischer Gesandter Graf v. Lerchenfeld, königlich sächsischer Gesandter von Nostitz-Wallwitz, Direktor im Reichsschatzamt Burchard, königl. württembergischer Geh. Ober-Finanzrath v. Schmid und einige Kommissarien, darunter der kaiserliche Geh. Ober-Reg.-Rath Lohmann, Niederding, Geh. Ober-Finanzrath Girth, Ober-Bergrath v. Heyden-Rynsch.

Präsident v. Gossler eröffnet die Sitzung um 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

### Tagesordnung:

1. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1881/82.

Dieser Nachtrag fordert zu Diäten, Reisekosten u. für den Volkswirtschaftsrath 84,000 Mark.

Diese Forderung wurde einer besonderen Kommission zur Vorberatung überwiesen, diese beantragte durch den Referenten Abg. Dr. Frege, die geforderte Summe zu bewilligen, da die Kommission sich nicht der Erkenntnis habe verschließen können, daß eine Ausdehnung des preussischen Volkswirtschaftsraths auf das Reich im Interesse des Reichs liege.

Abg. Dr. Reichenperger (Krefeld) erklärt sich gegen die Bewilligung, da die Sache noch nicht spruchreif sei, wenigstens hätten die Leistungen des preussischen Volkswirtschaftsraths sich noch nicht so viel Anerkennung und Vertrauen erworben, um die Erweiterung der Institution auf das Reich zu rechtfertigen. Wenn sich der Volkswirtschaftsrath in Preußen bewährt habe, dann solle er mit den Resultaten seiner Bewährung an den Reichstag kommen.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Er werde für die Vorlage stimmen, denn das Volk sei herzlich müde des politischen Kampfes der Parteien und es dränge danach, eine Vertretung seiner materiellen Interessen zu finden. Mit der Konstruktion des Volkswirtschaftsraths sei er nicht einverstanden, da die Landwirtschaft nicht genügend vertreten sei, doch wäre es ja dann Sache der Landwirtschaft, rühriger zu sein und sich die geeignete Vertretung zu sichern. Weshalb denn der Abg. Braun jetzt so sehr gegen Nebenparlamente sei, während er doch gerade mit seinem Kongreß deutscher Volkswirthe früher selbst Ressort-Parlament gespielt habe. Heute rufe der Abg. Braun nach Sparsamkeit bei diesen 84,000 M., während er früher im Kulturkampfe, bei den Gründungen, beim Militäretat u. gar nicht so sparsam gewesen wäre. Dem Volke erfolge die wirtschaftliche Reaktion gegen den Freihandel lange noch nicht rasch genug und auch durch die liberalen Blätter gehe jetzt ein elegischer Ton, der es deutlich erkennen lasse, daß man liberalerseits doch recht lebhaft bedauere, nicht rechtzeitig genug auf die Wirtschaftspolitik des Fürsten Reichskanzlers eingeschwenkt zu sein. Er werde für den deutschen Volkswirtschaftsrath stimmen und sich auch durch die getabelte zu starke Vertretung Preußens nicht abhalten lassen; Preußen überwiege nun einmal so sehr in Deutschland, daß sein Uebergewicht in jeder Institution, im Reichstage, im Bundesrathe u. hervortreten müsse, also auch im Volkswirtschaftsrathe.

Abg. v. Bennigsen erklärt im Namen der überwiegenden Mehrheit seiner Freunde, gegen den Volkswirtschaftsrath stimmen zu wollen. Er halte es für gar kein Unglück, daß das Interesse des Volkes, der Wähler, an den politischen Fragen abgenommen habe; aber man könne nun nicht die wirtschaftliche Interessenvertretung als die allein richtige hinstellen. Der im politischen Kampfe gewonnene Boden müsse festgehalten und behauptet werden, denn durch ihn allein könne der Kampf der wirtschaftlichen Interessen mit Erfolg geführt werden. Er wolle nicht in einem Interessenparlamente den Kompromissen zwischen den Interessengruppen, den Ueberrumpelungen u. noch mehr Spielraum geben, als es hier im politischen Parlamente schon der Fall sei. In diesem Volkswirtschaftsrathe stehe ein neues Nest von Kon-

sisten zwischen dem Bundesrathe, Reichstage und Kanzler, weil das Statut des Reichstages konstitutionell noch nicht ganz durchgebildet sei. Endlich halten meine Freunde die in der Vorlage enthaltene Organisation der Interessengruppen nicht für richtig; wenn wir auch anerkennen müssen, daß es wünschenswerth sei, daß die wirtschaftlichen Vorlagen besser für den Reichstag vorbereitet werden, und auch bereit sind, dazu mitzuwirken und die Mittel dafür zu bewilligen, daß dies geschehe, sogar größere Mittel, als sie die Vorlage fordert, so können wir doch nicht anerkennen, daß die 125 Personen im Volkswirtschaftsrathe das geeignete Forum der Beratung sind, da für jeden Gesetz-Entwurf mehr als zwei Drittel als nicht sachverständig ausgeschieden werden. Auch wir halten, wie der Abg. Reichenperger, die Vorlage noch nicht für spruchreif, wir erkennen den Zweck für richtig an und wollen die Mittel bewilligen, um ihn zu erreichen, aber auf dem eingeschlagenen Wege kann das Ziel nicht erreicht werden; schlage man uns andere Wege vor, dann sind wir bereit, mitzuwirken.

Staatssekretär des Innern Dr. v. Böttcher: Die Vorlage werde noch immer falsch aufgefaßt, es handle sich nur um einen wirtschaftlichen Beirath, nicht um eine Institution, die politische Zwecke habe oder die geeignet sei, die politische Wirksamkeit des Reichstages zu beschränken oder zu beeinträchtigen. Der Staatssekretär weist aus einer Denkschrift für die Motivierung des preussischen Volkswirtschaftsraths nach, daß niemals an politische Wirksamkeit des Volkswirtschaftsraths gedacht sei. Es sei von vorne herein die Absicht gewesen, eine Lücke zwischen Reichstag und Bundesrathe auszufüllen und seitdem der preussische Volkswirtschaftsrath einmal bestünde, sei es erst recht die notwendige Absicht, die Wirksamkeit des Volkswirtschaftsraths auf das Reich auszudehnen. Er sei überzeugt, daß die neue Institution sich bewähren werde, sollte dies wider Erwarten nicht eintreten, so könne das Parlament ja dann die Kosten streichen. Er sei einverstanden, wenn das Haus die geforderte Summe zur Information für die Regierung bewilligen wolle, könne aber nur sagen, daß die Regierung für solche Information sich naturgemäß an eine Versammlung von Interessenten-Vertretern wenden würde. Er bitte, die Vorlage anzunehmen.

Abg. Dr. Reusch erklärt sich Namens der liberalen Gruppe für Bewilligung des Volkswirtschaftsraths. Während dieser Rede erscheint in der Hofloge der Fürst Milan von Serbien in Begleitung seines Ehrenkutschers, des Obersten von Fassong; derselbe verläßt jedoch den Saal bei Beginn der Rede des Abg. Richter, letzterer will vom Volkswirtschaftsrath nichts wissen, da derselbe lediglich bestimmt sei, die Wirtschaftspolitik des Reiches zu stützen. Die Konservativen vergäßen hier ganz ihre Sparsamkeit. Den Rest der Rede bilden Angriffe auf den Kanzler und die Konservativen.

Abg. v. Helldorff-Bedra: Wenn der Abg. Richter seine Ausführungen mit einem Hinweis auf unsere Sparsamkeit begonnen hat, so ist es eben für den Abg. Richter leichter, sparsam zu erscheinen, als für uns, weil wir nicht mit ihm auf dem Boden der Opposition stehen. Wenn der Abg. Richter ferner gemeint, die Landwirtschaft sei durch 148 Großgrundbesitzer hier im Reichstage schon über Gebühr vertreten, ja wenn das auch alle Landwirthe wären und Sachverständige, dann wären Richters Argumente richtig, so aber fehlt es an genügender Vertretung der Landwirtschaft, namentlich des Bauernstandes. Die große Abneigung gegen diese Institution auf der linken Seite beruht hauptsächlich darauf, daß sie sich mit ihren wirtschaftlichen Doktrinen in der Minorität befindet. Nun sollen die realen Interessen in Handelskammern, Kongressen u. genügend vertreten sein, aber gerade diesen Vertretungen thut die Regierung recht, eine offizielle Vertretung der realen Interessen zu organisiren. Wenn der Abg. Richter den Volkswirtschaftsrath eine napoleonische Institution nannte, so sollten wir doch Alle gerade aus der napoleonischen Aera gelernt haben, wie wichtig eine richtige Vertretung der realen Interessen sei. Darauf wird die Debatte geschlossen.

Es erfolgt nach einem Schlussworte des Referenten Abg. Dr. Frege auf Antrag des Abg. Stumm namentliche Abstimmung. Dieselbe er-

geht mit 153 gegen 102 Stimmen die Ablehnung der Vorlage.

Es folgt nunmehr die Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Abänderung des Zolltarifs.

Dieselbe war stehen geblieben bei der Position bedruckte und unbedruckte wollene Gewebe, für welche die Vorlage vorschlägt, den Zollfuß für unbedruckte und bedruckte Tuch- und Zeugwaren im Gewichte von weniger als 200 Gramm pro Q.-Meter auf 220 M. für 100 Kilogramm, für schwerere unbedruckte auf 135, für schwerere bedruckte auf 150 M. zu setzen.

Dagegen beantragt Abg. Sonnemann: bedruckte leichter als 200 Gramm 200 M., schwerer 120 M. — unbedruckte leichter als 200 M. 180 M., schwerer 100 M.

Ferner beantragen die Abgg. Löwe (Berlin), Sonnemann, Dr. Witte (Mecklenburg) und Dr. Delbrück: unter Ablehnung der Regierungsvorlage den Zoll für hartes Kammgarn, gesponnen aus Glanzwollen, Mohair-, Kameel- oder Alpaca-Haaren, nicht gemischt mit anderen Spinnmaterialien, einfaches, ungefärbt oder gefärbt, dubliertes ungefärbt, zu setzen pro 100 Kilogramm 3 Mark.

Endlich beantragt die Petitions-Kommission, eine Anzahl von Petitionen, die auf diesen Gegenstand Bezug haben, dem Kanzler zu überweisen, damit dieser nach dem Antrage der Petitionen eine Enquete veranstalte.

Abg. v. Kardorff plaidirt für Annahme der Regierungsvorlage mit Rücksicht auf den Nothstand, wie er in den sächsischen Weberdistrikten hervorgetreten sei. Er bitte jedoch die Reichsregierung, eine allgemeine Enquete über die Weberindustrie zu veranstalten, und sei er dann bereit, event. auf eine Ermäßigung der Garnzölle einzugehen. Redner wendet sich sodann gegen die Ausführungen Bambergers in der Abend Sitzung vom 30. Mai und zeigt, daß die Freihandelstheorie keinen einzigen Lehrstuhl mehr auf deutschen Universitäten habe, weil sie eine abgestorbene, überwundene Theorie sei.

Abg. Frhr. v. Barnhölzer wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Sonnemann. Nicht der deutsche Zolltarif von 1879 habe die Zollgesetzgebung Frankreichs und Oesterreichs beeinflussen können, da beide Staaten ihre Tarife bereits 1877, bez. 1878 aufgestellt hätten. Die im deutschen Zolltarif enthaltene Zollposition für Garne und Gewebe sei die einzig richtige; da habe man nach dem 1879 vorliegenden Material dieselbe gar nicht anders fassen können. Das vorgeschlagene System der Fadenzahlung zur Beurtheilung der Feinheit der Gewebe sei nicht zu empfehlen, sondern nur die Gewichtszölle seien das einzig Richtige; er bitte daher um Annahme der Vorlage.

Abg. Dr. Bamberger verteidigt sich gegen den Abg. v. Kardorff und bittet, den Antrag Löwe anzunehmen.

Kommissar des Bundesraths lgl. sächs. Geh. Regierungsrath Böttcher warnt davor, hier heute eine Enquete zu beschließen, da die betreffende Wolllwaaren-Industrie nicht nur in Merano und Glanau, sondern auch in Elberfeld und Schlesien nicht auf den Ausfall der Enquete warten könne. Die vorgeschlagenen Zollsätze seien keine Prohibitivzölle, da Frankreich bei denselben noch sehr gut konkurriren könne. Er bitte auch, nicht nach der neulichen Anregung des Abg. Sonnemann den Einfuhrtermin hinauszuschieben; wolle man helfen, so solle man bald helfen, und in diesem Sinne empfehle er die Annahme der Regierungsvorlage.

Darauf wird die Debatte geschlossen und erfolgt eine lange Reihe persönlicher Bemerkungen.

Darauf wird unter Ablehnung der Anträge Löwe und Sonnemann die Regierungsvorlage angenommen, auch der Einfuhrtermin beibehalten.

Die eingegangenen Petitionen werden durch die Beschlüsse des Hauses für erledigt erklärt.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr.

Tagesordnung: Unfallversicherung, Handelsverträge

Schluss 4 Uhr.

## Ausland.

London, 10. Juni. Dem „B. L.“ wird telegraphisch gemeldet:

Heute früh wurde der Versuch gemacht, das Rathhaus in Liverpool in die Luft zu sprengen. Der Versuch mißlang und nur das Thor des Rathhauses wurde beschädigt. Es war ein Stück mit Pulver oder Dynamit gefüllte Gasröhre durch eine Zeitluke zum Explodiren gebracht worden. Die Verbrecher wurden bei ihrem Vorhaben gestört, sie hätten sonst wohl größeres Unheil angerichtet. Ein am Rathhause vorbeifahrender Droschkentritzer sah auf der Treppe zwei Männer, welche einen Sack bei sich hatten. Er rief dieselben an, worauf sie entflohen, jedoch von der Polizei verfolgt und ergriffen wurden. Inzwischen erfolgte die Explosion. Die Ergreifenen, Namens Madevelt und Roberts, sind Irländer und gehören der aktiven irischen Aktionspartei an. Es wurden bei ihnen Dokumente und Briefe von O'Donovan, Rossa und anderen Geniern gefunden, durch welche die Verbindung der Verbrecher, welche übrigens reichlich mit Geld versehen und stark bewaffnet waren, mit den Geniern auf das Evidenteste klargestellt wurde.

Fast zu gleicher Zeit, da in Liverpool die Schreckensthat versucht wurde, entspann sich, wie gleichfalls schon kurz gemeldet, in Cork, der zweitgrößten Stadt Irlands, ein Straßentumult, der bis in die Nacht hinein dauerte und dessen Ergebnis der offiziöse Telegraph in die Worte zusammenfaßt: „Auf beiden Seiten viele Personen verwundet, eine große Anzahl von Personen ist verhaftet worden.“

Ferner entnehmen wir englischen Berichten über die Vorformnisse in Stull das Folgende:

In Stull nahmen die durch das Gerücht, daß der Druckschreiber verhaftet worden, hervorgerufenen Aufrührungen, neueren Berichten zufolge, einen sehr bedenklichen Charakter an. Durch die Ankunft von Polizei-Verstärkungen in Wuth gesetzt, fingen die Tumultuanten an, die Häuser militärischer Persönlichkeiten zu demoliren, und die Polizei-Konstabler wurden, wo immer sich dieselben sehen ließen, mit einem Steinhagel empfangen. Die Polizei machte gelegentlich von ihren Bajonetten Gebrauch, aber stets ohne den mindesten Erfolg. Die Ausschreitungen währten die ganze Nacht hindurch. Eine aus Cork requirirte Truppenmacht war im Anmarsche, allein da die Telegraphen-Verbindung unterbrochen ist, fehlen bis jetzt Nachrichten über die weiteren Vorgänge in der dem Pöbel überlieferten Stadt. Die Aufrührungen dehnten sich auf die benachbarten Distrikte Ballydeob und Skibbereen aus. In letztgenanntem Orte wurden mehrere Häuser, darunter die Munsterbank, von den Tumultuanten demolirt. In Ballydeob sollen in einem Kampfe zwischen Militär und Volk zwei Soldaten erschossen worden sein, allein die Meldung bedarf der Bestätigung. Auf Wahrheit beruht indeß die Nachricht, daß die Tumultuanten in Skibbereen versuchten, den Bahnzug, der die Soldaten brachte, aus dem Geleise zu bringen, indem sie einen großen Stein auf die Schienen wälzten. Der Zugführer bemerkte den Stein indeß zur rechten Zeit, wodurch ein Unglück abgewendet wurde. Die Truppen wurden bei ihrer Ankunft mit Zischen und Schmährufen empfangen. Vater Murphy, der Pfarrer von Stull, ist nicht verhaftet worden, doch heißt es, daß die Ortspolizei Befehl zu seiner Verhaftung erhalten. Die Kunde davon gab den Anlaß zu den beklagenswerthen Tumulten.

Der ganze Süden Irlands befindet sich in höchster Aufregung. Von Dublin wurden Truppen auch nach Meath und Westmeath abgesandt.

## Provinzielles

Stettin, 11. Juli. Der Tischlergeselle Ab. Ed. Gollz ist schon wiederholt mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen, er wurde in Folge dessen aus dem Militärstand nach mehrmaliger Fahrensflucht ausgestoßen und erst im vorigen Jahre nach Verbüßung einer längeren Strafe aus dem Zuchthause entlassen. In der heutigen Sitzung der Strafkammer des Landgerichts hatte sich derselbe wiederum wegen mehrerer höchst gemeiner Diebstähle zu verantworten, weil er seinem eigenen Vater verschiedene Gegenstände, welche dieser zur Reparatur erhalten, entwendet und verkauft hatte. Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr 3 Monate Gefängniß und 2 Jahr Ehrverlust.

Der Handlungslehrling Franz Granhölm (16 Jahr alt) und der Handlungslehrling Alber,



Modrow (17 Jahre alt) faßten zu Anfang d. J. den Entschluß, von Stettin auszureisen, wenn ihnen von ihrem Prinzipal eine größere Summe anvertraut werden sollte. Diese Gelegenheit bot sich am 27. Januar dem bei der Firma Bachhufen und Komp. angestellten Granholm, derselbe erhielt an dem genannten Tage von seinem Prinzipal die Summe von 3000 M., um das Geld an die Reichsbank abzuführen, und 50 Mark, um damit kleinere Rechnungen zu bezahlen. Anstatt diesen Auftrag auszuführen, begab sich G. zu seinem Freund Modrow und beide machten sich, nachdem sie sich hier neue Kleidungsstücke gekauft hatten, auf die Reise. Zunächst wandten sie sich nach Stargard, von dort richteten sie an ihre Eltern eine Postkarte, in welcher G. anzeigte, er habe 1000 M. verloren und käme aus Furcht nicht wieder nach Hause. M. zeigte an, er müsse seinen Freund Granholm begleiten. Von Stargard fuhr die beiden jugendlichen Durchgänger nach Breslau, wo sie unter dem Namen „Veder“ und „Thiede“ eine Privatwohnung mieteten und in duoi jübilo lebten, bis sie durch ihre übermäßigen Ausgaben die Aufmerksamkeit eines Hausbewohners erregten und am 15. April festgenommen wurden. Das unredlich erworbene Geld war fast vollständig aufgebraucht, denn bei G. fand man noch 288 M., bei M. 92 M. Beide wurden hierher transportiert und heute hatte sich Granholm wegen Unterschlagung, Modrow wegen Hehlerei zu verantworten und wurde gegen Ersteren auf 2 Jahr, gegen Letzteren auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis erkannt. Beide Angeklagte schienen die Sache sehr leicht zu nehmen, denn sie zeigten während der ganzen Verhandlung wie bei Verkündung des Urtheils eine lachende Miene.

Ein alter Wilddieb, der Arbeiter Karl Michalski aus Duchow, welcher neben einer großen Reihe von Wilddiebereien auch wegen Brandstiftung und Meineides mit 23 Jahren Zuchthaus event. Gefängnis vorbestraft ist, hatte sich heute wegen einer neuen, in der königl. Mühlebürger Forst verübten gewerbmäßigen Wilddieberei zu verantworten, wegen welcher er mit 2 Jahren Gefängnis und Ehrverlust bestraft wurde, auch Polizeiaufsicht für zulässig erachtet und das bei der That gebrauchte Gewehr als eingezogen erklärt wurde. Wegen Jagens ohne Jagdschein wurde auf eine Geldstrafe von 15 M. ev. 3 Tage Haft erkannt.

Vorgestern Abend befand sich der Handelsmann Reßlaff aus Byritz in stark angetrunkenem Zustande in einem Schanklokal auf der Laßadie und zählte sein Geld. Ein anderer Gast sah dies und folgte dem R., als sich dieser entfernte und entwendete, als R. einen Augenblick still stand, diesem das Portemonnaie mit ca. 70 M. aus der Tasche und entfloß. Bisher ist es nicht gelungen, den Thäter zu ermitteln.

Der Burische Gustav Schönbelt, welcher im hiesigen Gefängnis bis zum Jahre 1883 eine Strafe zu verbüßen hat, entsprang gestern Abend und gelang es bisher nicht, den Aufenthalt desselben zu ermitteln.

In der gestern stattgehabten Ziehung 1. Klasse der Lotterie von Baden-Baden fielen folgende Hauptgewinne: 10,000 M. auf Nr. 45,166, 5000 M. auf Nr. 75,208, 3000 M. auf Nr. 61,185, 2000 M. auf Nr. 35,220, 1000 M. auf Nr. 96,649. Auf folgende Nummern entfielen Gewinne im Betrage von 500 bis 100 Mark: 10,025, 92,534, 31,539, 53,139, 52,414, 28,782, 63,188, 6937, 34,308, 26,053, 34,540, 9465, 39,876, 29,116, 54,659, 50,157, 2817.

An einer geplanten Auffahrt des berühmten französischen Aeronauten Godard vom Garten des neuen Palais bei Potsdam aus will sich Herr Professor Heyn aus Greifswald beteiligen. Derselbe beabsichtigt, bei dieser Luftfahrt, welche eine bisher in Deutschland noch nicht erzielte Höhe erreichen soll, seine Theorie der Luftbewegung in höheren Regionen definitiv zu bestätigen.

Seitens der königlichen Regierung werden in der jüngsten Nummer des Amtsblatts verschiedene Fälle zur öffentlichen Kenntniß gebracht, in welchen Personen eine Geldprämie für Errettung eines Menschen aus Lebensgefahr bewilligt worden ist und zwar erhielten Geldprämien: der Schiffer Georg Ludwig und die Fischer Wilhelm Ramm, Gustav Ramm, August Beebe, Karl Arndt, sämtlich aus Osternothhafen bei Swinemünde, der Zuckerschiffer August Reßin und der Matrose Hermann Köpke zu Sager im Kreise Ramin, der Bootschiffer Otto Neumann zu Neumayr, die Ehefrau des Eigentümers Scharow, Friederike, geb. Sengbusch zu Berchen im Kreise Demmin und der Arbeiter Wilhelm Büttwald aus Stargard.

(Personal-Beränderungen im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Stettin für den Monat Mai 1881.) Der Staatsanwalt Beike in Berlin ist zum ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht in Stolz ernannt. — Der Amtsrichter Ladmann in Neumayr ist an das Amtsgericht in Forst versetzt. — Der Gerichts-Assessor Panzer ist zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Maffow ernannt. — Dem Gerichts-Assessor Fund ist behufs Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung die nachgesuchte Dienstentlassung erteilt. — Zu Gerichts-Assessoren sind ernannt: die Referendare Krüger, Reich, von Gottberg und Boff. — Ausgeschieden sind die Referendare: Lindenberg behufs Uebertritts in den Bezirk des Kammergerichts, Treitel behufs Uebertritts in den Bezirk des Oberlandesgerichts in Königsberg. — Den Referendaren Wiedemann und Schulz ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste erteilt. — Der Rechtskandidat Sid ist zum Referendar ernannt. — Dem Rechts-

anwalt und Notar Justizrath Dech in Belgard ist aus Anlaß des Dienstjubiläums der Rote Adler-Orden 4. Klasse verliehen. — Der Rechtsanwalt Seiberg in Trepow a. N. ist in der Liste der beim Landgericht in Stargard und Amtsgericht in Trepow a. N. zugelassenen Rechtsanwälte gelöscht worden. — Versetzt sind: der Gerichtsschreiber Sekretär Biese in Uedermünde an das Amtsgericht in Anklam, der Gerichtsschreiber Sekretär Springstube in Bärwalde an das Amtsgericht in Uedermünde. — Zu Gerichtsschreibern sind ernannt: die Gerichtsschreiber-Gehülfen Marofke in Neustettin bei dem Amtsgericht in Bärwalde, Schimmel in Labes bei dem Amtsgericht in Bütow. — Zu etatsmäßigen Gerichtsschreiber-Gehülfen sind ernannt: der Gerichtsvollzieher Noth in Polnow bei dem Amtsgericht in Labes, der diätarische Gerichtsschreiber-Gehülfe Zucke in Nummelsburg bei dem Amtsgericht in Neustettin. — Der Landgerichts-Ranzlist Lüttschwager in Stettin ist gestorben. — Der bisherige Gerichtsvollzieher f. A. Falk ist zum Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht in Franzburg ernannt. — Der Gefangenwärter Wergau in Lauenburg ist im Disziplinarwege entlassen. — Der Gerichtsbote und Exekutor z. D. Raddap ist zum Gefangenwächter bei dem Amtsgericht in Lauenburg ernannt.

Mit dem Bau der Stargard-Güstiner Bahn ist nunmehr faktisch begonnen und am Donnerstag der erste Spatenstich beim sogenannten Königsbrunnen am Kläpöwer Wege gethan worden.

Ueber einen noch jetzt vorhandenen Scheibenstand des Schill'schen Korps wird aus Murchin geschrieben: Als die Franzosen, Division Grandjean, Stralsund umschlossen, machten die Schweden unter dem General-Gouverneur Essen am 1. April 1807 einen Ausfall, durchbrachen die Einschließungsstruppen und warfen sie am 3. April auch bei Anklam über die Peene zurück. Am 18. April kam es zum Waffensstillstand von Schlatkow, die Peene machte die Demarkationslinie und nun verstärkten im April und Mai die Schweden ihre Stellung durch Verschanzungen. Um diese Zeit sind die Werke zur Vertheidigung des Peendammes und der Veranleberung zwischen Relsow und Zietzen entstanden.

Während des Waffensstillstandes stieß ein preussisches Korps unter Blücher zu den Schweden, indem es, von Rügen kommend, in den Tagen vom 12. bis 14. Juni sich auf deren linken Flügel aufstellte. Es befanden sich dabei vom Schill'schen Korps 4 Eskadrons und 2 Kompagnien Infanterie. Die Aufstellung war so, daß die Vorposten der Preußen von Trantow bei Voß, insbesondere die der Schill'schen Husaren bei Dülrow begannen und bis zur Peenniederung reichten, ein Infanterietrupp in Wolgast stand. Als Souiten der Vorposten waren 3 Schill'sche Schwadronen bei Ranzin auf der alten Straße von Anklam nach Greifswald, die vierte Schwadron auf der Straße von Wolgast nach Greifswald; als Reserven waren die beiden Schill'schen Kompagnien in Hanshagen.

Als der Friede mit Preußen abgeschlossen war, trennte sich Blücher von den Schweden, indem er sich vom 13. Juli ab um Rastau und Wolgast aufmachte und am 22. seinen Uebergang nach Usedom begann. Die Schweden wurden dann am 13. Juli durch den Angriff des Marschalls Brune auf Stralsund geworfen und übergaben am 20. August die Festung. Aus dieser Zeit stammt noch ein, von einer Abtheilung des Schill'schen Korps benutzter Scheibenstand im Murchiner Seeholz.

#### Wermuthstes.

(VII. deutsches Bundeschießen in München.) Das erste Verzeichniß der bei dem Central-Komitee bereits eingelaufenen Ehrengaben schließt mit der Nummer 50 ab. Diese fünfzig Ehrengaben repräsentieren einen Gesamtwert von ca. 5100 M. Definitiv angemeldet, aber noch nicht eingelaufen sind bereits weitere 37 Ehrengaben im Gesamtwert von ca. 10,700 M., demnach zusammen 15,800 Mark. Die beiden Ehrengaben Sr. Majestät des Königs von Baiern, sowie Sr. Majestät des deutschen Kaisers sind hierin nicht mit inbegriffen. Ehrengaben, sowie Anmeldungen zu solchen nimmt das Central-Komitee, München, Sophienstraße 1/1 (Deutsches Haus), entgegen. Zufolge Beschlusses des Schieß- und Central-Komitees vom 7. Oktober v. J. wurde in die Schießordnung für das VII. deutsche Bundeschießen, sowohl für Feldschießen wie Standschießen, die Bestimmung eingefügt: „In der Mitte des Trefferfeldes werden Plättchen angebracht zur Ermittlung der besten Schüsse. Auf eine Anzahl dieser besten Schüsse werden vom Festort Geldpreise gewährt werden.“ Dieser Bestimmung, welche hauptsächlich der Absicht entsprang, dem zur Erlangung von Festmünzen und Becherprämien bemühten Schützen auch für den Fall, daß er hierbei vom Glück nicht besonders begünstigt werden sollte, die Möglichkeit zu bieten, sich schadlos zu halten, ist nun von Seite des Festortes in sehr glänzender Weise gerecht geworden, indem in dem Etat des Schieß-Komitees für je 158 Plättchenprämien auf Stands- und Feldschießen 4000 M., im Ganzen also 8000 M., bewilligt wurden. Die 158 Prämien wurden durch Beschuß des Schieß-Komitees bei beiden Scheiben-Kategorien wie folgt festgesetzt: Der I., II., III., IV., V. und VI. Preis mit je einer gestirnten Fahne im Werthe von 100 M. und je einer Geldprämie von 200 bezw. 150, bezw. 100, bezw. 90, bezw. 80, bezw. 70 M. 30 weitere Preise mit je einfacher Fahne im Werthe von 8 M., und hiervon je fünf mit Geldprämien von 60, 50,

40, 30, 25 und 20 M., 50 weitere Preise in Geldprämien à 10 M. und 52 weitere Preise in Geldprämien à 5 M.

(Eine neue Erfindung auf dem Gebiete der Schiffsahrt.) Aus Triest wird von einer Erfindung gemeldet, die den Keim großer Entwicklung eines mächtigen Umschwunges auf dem Gebiete der Dampfschiffsahrt in sich trägt. Ein junger Ingenieur, Herr Rossan, der einerseits die Unzulänglichkeit der Räder, andererseits die Kraftvergeudung der Schraube eingehenden Erwägungen unterzogen hat, kam auf den Gedanken, durch eine Art Kombination beider Systeme einen neuen Apparat zu bilden. Rossan giebt seinem Systeme den Namen „Unterseeboot“ und hat seine Erfindung durch ein Patent in den wichtigsten Staaten geschützt. Das Wesentliche des neuen Systems besteht darin, daß über der Kielhöhe, also etwa wie bei der Schraube, unter Wasser zu beiden Seiten der Schiffsmitte exzentrische Radkränze befestigt sind, in denen sich je ein Schieber auf der exzentrischen Are bewegt, und dadurch eine ähnliche Wirkung wie die Schaufeln beim Raddampfer erzielt. Die Probe wurde mit einem etwa einen Meter langen, ca. 1/4 Meter breiten, blechernen Schiffsmodelle gemacht. Der Motor bildete ein Uhrwerk und wurde der erste Versuch des Vergleiches wegen mit der Schraube gemacht. Das Meer war ruhig und das Schiffslein legte mit der Federkraft des Uhrwerkes etwa 12 Meter zurück. Dann wurde das neue System eingekuppelt und der Erfolg war glänzend, indem die gleiche Motorkraft eine Strecke von mehr als 31 Meter zu bewältigen im Stande war. Auch die weiteren Versuche ergaben ähnliche günstige Resultate, und die als Zuschauer allmählich herbeigekommenen Engländer und Griechen der benachbarten, am Molo III. liegenden Schiffe sprachen ihre volle Befriedigung über das Ergebnis der Probe aus. Im Vergleich mit dem Schaufelrad ergaben sich folgende Vortheile: egsfall der voluminösen kostspieligen Radkränze. Möglichkeit der Anwendung billigerer oszillirender Propeller-Maschinen. Bedeutende Raumgewinnung. Namhafte Steigerung der Fahrgeschwindigkeit. Viel schnelleres Anhalten (Stoppen) des Schiffes, als dies bisher erreichbar gewesen (daher größere Sicherheit gegen Kollision). Im Vergleich mit der Schraube: Entfällt die das Achterschiff schwer belastende und kostspielige Propellerwelle mit Thurmträger etc. Das Heißlaufen ist unmöglich. Sehr rasches Drehen, daher sehr große Manövrierfähigkeit. Viel schnelleres Anhalten (Stoppen), daher größere Sicherheit gegen Kollisionen.

(Ein falscher Apostel.) Die Festnehmung eines Kirchendiebes, in der Nähe von Breg, war mit einer heiteren Episode verknüpft. Der Nachwächter des betreffenden Orts sah in der Kirche Lichtschein und weckte den Küster, welcher eine Anzahl handfester Dorfbewohner mit Axten, Heugabeln etc. bewaffnete und mit dieser Streitmacht zum Gottesdienste zog. Alle Fenster und Thüren wurden besetzt und dann drang man in die Kirche ein. Trotz allen Suchens wurde aber lange Zeit nichts gefunden. Da köstet einer der Bewaffneten einen zweiten in die Seite und flüstert ihm zu: „Du, einer von den Aposteln wachst so!“ „Du bist ver—“, wird ihm erwidert. Doch da schreit aus schon ein Dritter: „Es sind ihrer ja gar 13, und der Dreizehnte hat eine Mütze auf!“ Und so verhielt es sich. Der Dieb hatte sich, als er die Verfolger kommen hörte, auf die Kanzel und von hier aus unter die 12 Apostel gestülpt, die auf einem in beträchtlicher Höhe über der Kanzel angebrachten Querbalken saßen. Aus der Mitte der Apostelschar wurde er, bebend vor Angst, in das Gefängnis abgeführt.

Aus der Kasse des Fürsten Bismarck ist einem Leipziger Verleger das folgende vom 24. Mai c. datirte Schreiben zugegangen, das von der „Frankf. Presse“ veröffentlicht wird. „Unter Bezugnahme auf die an den Fürsten Bismarck gerichtete Zuschrift werden Euer Wohlgeborn unter Rücksendung der beigelegten Broschüre ergebenst benachrichtigt, daß nach allgemeinen Bestimmungen unter sagt ist, dem Herrn Reichskanzler Werke vorzulegen, welche in deutscher Sprache mit lateinischen Lettern geschrieben sind, weil deren Lektüre seiner Durchlaucht zu zeitraubend ist. Berlin, 24. Mai 1881. Spezial-Bureau des Reichskanzlers.“

In den Abendkonzerten der Frankfurter Ausstellung machte ein ganzes Heer von Fröschen, durch die Musiklänge animirt, den 65 Rührern der Bilsch'schen Kapelle eine sehr störende Konkurrenz. Da entsandte das Komitee der Ausstellung zwölf große Hechte in den Froschweiher und setzte zur Vertilgung der kleinen Froschbrut noch ein Duzend Enten in den dem Musiktempel gegenüberliegenden Teich. Seitdem ist das Froschkonzert wie abgeschnitten, das vorher keiner Angel, keiner Erbschütterung weichen wollte. „Praktisch“ ist die Parole der Ausstellungsvorstände.

Julius Rosen, der fruchtbarste aller Postsendichter, bereite diese Tage seinen Landeleuten, den Czechen, einen großen Aerger. Als nämlich in Prag der Dichter Ebert seinen achtzigjährigen Geburtstag feierte, schrieb diesem Herr Rosen unter Anderem: „Daß ich ein Böhm, berg“ ich tief im Innern, und wer mich liebt, der wird in frohen Stunden mich nie, auch nicht im Scherz, daran erinnern.“ Der Prokrol geriet darüber in die größte Wuth: Julius Rosen, der ein Czech sein muß, weil er in Prag geboren ist und weil sein Vater Duffel hieß, schämt sich dessen! Ei ei, Herr Rosen, das ist nicht schön!

Sarah Bernhardt erzählt folgende Gastspielreminiscenz: Die Amerikaner hatten die Gewohnheit, sich Abends im Theater das Buch zu kaufen, welches das Stück enthielt, in dem ich auf-

trat. Eines Abends gaben wir in einer kleinen Stadt „Frou-Frou“, der Kassirer hatte vergessen, die Bücher mitzubringen, dagegen hatte er „Phädra“ bei sich. Am das Publikum zufrieden zu stellen, verkaufte er anstatt Meilhae und Halboys Komödie die Racine'sche Tragödie. Die Amerikaner lachen während der Vorstellung eifrig nach und wir auf der Bühne hatten Mühe, das Lachen zu verbergen, es war uns kaum möglich, das Stück zu Ende zu spielen.

#### Kunst und Literatur.

Normalspurige Transversal-Eisenbahnen mit Lokomotivbetrieb. Praktische Erörterungen zur Erstellung von Sekundärbahnen von Th. L. u. s. Ober-Ingenieur. Zürich, bei Trüb.

Dieses Buch behandelt der Hauptsache nach die zeitgemäße Art und Weise der Erstellung von Sekundärbahnen auf praktischem, billigem und raschestem Wege unter eingehender Berücksichtigung der, die Anlage neuer Bahnen in der Jetztzeit vielfach erschwerenden Faktoren und deren mögliche Befriedigung.

Indem die Sekundärbahnfrage in der neueren Zeit nicht nur die technische Welt, sondern auch ganze Landesgegenden und Gemeinden, die das Bedürfnis eines ungehinderten Verkehrs mit der Außenwelt fühlen, in allen Staaten viel beschäftigt, so zweifeln wir nicht, daß das Buch in allen Kreisen Interessenten finden wird, namentlich bei Bauunternehmungen, Gemeinden, Gewerbevereinen, Technikern, Baubureaus, Industriellen, Behörden etc.

[112]

Von Nikolaus I. zu Alexander III. Beiträge zur neuesten russischen Geschichte. Leipzig, Dunder u. Humblot. Das Buch giebt höchst interessante Daten über Rußland und russische Zustände, hat aber das Heilmittel für Rußland sehr wenig erkannt. Die Aufgabe des russischen Reiches ist zunächst Einführung einer strengen Zucht für die Beamten, daß Bescheidenheit und Unzuverlässigkeit der Beamten aufhören und eine humane und anständige Behandlung des Publikums Platz greife. Nur wo eine geordnete Ordnung waltet, hat die Freiheit einen Werth.

[108]

#### Wollberichte.

Breslau, 9. Juni. Der Wollmarkt kann als beendet betrachtet werden. Bis auf einzelne mangelhaft behandelte und einige hochfeine Partien ist Alles verkauft. Der Preisstand erhielt sich unverändert.

#### Telegraphische Depeschen.

Paris, 10. Juni. Nach der „Agence Havas“ entbehren die Gerüchte, wonach mehrere Minister in Folge des gestrigen Senatsbeschlusses demissioniren würden, der Bestätigung. Die „France“ und mehrere andere Journale sind der Meinung, daß in der Frage der Listwahl, die das Land in keiner Weise leidenschaftlich erregt, eine reichend schnelle Beruhigung eintreten werde.

London, 10. Juni. Unterhaus. Labouchere richtet die Anfrage an die Regierung: ob Rußland Truppen und Waffen nach Bulgarien sende, um dem Fürsten beim Umlauf der Verfassung beizustehen, ob die Regierung eine Bestätigung der in der amtlichen „Russischen Zeitung“ enthaltenen Note erhalten habe, worin die Bulgaren aufgefordert wurden, Vertrauen zum Fürsten zu bekunden und ob in diesem Falle die Regierung beabsichtige, den versassungstreuen Bulgaren mitzutheilen, daß sie dieses Vertrauen nicht theile.

Unterstaatssekretär Dilke erwidert, über die Sendung von russischen Truppen und Waffen nach Bulgarien zu dem in Labouchere's Anfrage angegebenen Zweck sei der Regierung keine Nachricht zugegangen. Was die zweite Frage und den Haupttheil der Frage betreffe, so sei die Regierung bisher nicht aufgefordert worden, ihre Ansicht auszusprechen.

Der Premier Gladstone erklärte auf Labouchere's Anfrage, er habe vor einiger Zeit einen Privatbrief von dem vormaligen bulgarischen Minister des Auswärtigen, Zankoff, erhalten und demselben im Wesentlichen geantwortet, daß er noch keine hinlängliche Information besäße, um sich über das in Bulgarien beabsichtigte Vorgehen ein Urtheil bilden zu können; er habe dann noch hinzugefügt, die englische Regierung werde stets die Ordnung, die Legalität und die Freiheit begünstigen. (Beifall.)

Auf eine Anfrage Ashmead Bartlett's antwortet Dilke, der britische Geschäftsträger in Petersburg habe erfahren, daß das von Rußland angethene Gebiet der Tele-Turkmenen die Tele-Dafse sei; über deren Grenzen sei er noch nicht genau informiert, ebensowenig darüber, daß daselbst kolonisiert werde. Ein Turkmen aus Merv habe die Deputation der Tele-Turkmenen nach St. Petersburg begleitet, angeblich, um die russische Hauptstadt zu sehen und seinen Landesleuten über das Gesehene zu berichten. Er wisse nicht, daß Unterhandlungen im Gange seien, um die Unterwerfung der Turkmenen von Merv zu sichern.

Der Staatssekretär des Innern, Harcourt, bestätigt, daß der Versuch gemacht worden sei, das Rathhaus von Liverpool in die Luft zu sprengen und daß die beiden Verhafteten mit geladenen Revolvern bewaffnet gewesen seien. Beide seien Irlander, einer derselben in jüngster Zeit aus Amerika gekommen.

Newyork, 10. Juli. In einer aus Havana hier eingegangenen Meldung wird die diesjährige Zudernte von Kuba auf 464,000 Tons, demnach um 65,500 Tons niedriger als im Vorjahre, geschätzt.







